

report

16. Jahrgang

Dezember/Jänner 84/85

ÖH und Hainburg



ROSENBERGER MANFRED
DVR-NR. 0061166
KONRADG. 1/6/38
A 1020 WIEN

Graphik : Gustav Raynoschek

Wir sorgen nicht nur für den Strom.



"Hainburg spaltet Studenten", "ÖH zerkracht"! Diese und ähnliche Schlagzeilen der österreichischen Tageszeitungen konnten in den letzten Wochen nur sehr oberflächlich den Konflikt um Hainburg in der Hochschülerschaft wiedergeben.

Der Konflikt um das Kraftwerk Hainburg führte auf studentischer Ebene zu einer neuen politischen Koalition zwischen der SP-Studentenfaktion VSStÖ und der rechtskonservativen, ehemals monarchistischen JES. Beide sprachen sich in Übereinstimmung mit der Regierung gegen das Konrad Lorenz-Volksbegehren (KLVB) aus und versuchen nun - gegen die AKTIONSGEMEINSCHAFT - die Hochschülerschaft von der Umweltschutzbewegung wegzubringen.

Dabei fing alles so vielversprechend an: Im Mai 1984 wurde auf Antrag des ÖH-Vorsitzenden Herbert Rainer (AG) im Zentralausschuß der ÖH beschlossen, das Konrad Lorenz-Volksbegehren zu unterstützen. JES und teilweise sogar der VSStÖ stimmten mit! Diese Unterstützung durch die ÖH lag ja auch nahe, entstand das KLVB doch auf Initiative der ÖH und ist Herbert Rainer doch einer der wichtigsten Proponenten des Volksbegehrens. Allmählich wurde die Politik des ÖH-Vorsitzenden Rainer den beiden Fraktionen JES und VSStÖ zu erfolgreich. Selbst der inzwischen abgetretene VSStÖ-Spitzenfunktionär Wrabetz bezeichnete Rainer als den populärsten Vorsitzenden der letzten Jahre. So war der Konflikt mit den beiden, eher erfolglos

agierenden Fraktionen vorprogrammiert. In der Sitzung des Hauptausschusses der ÖH an der Uni Wien am 6.12. war es dann erstmals so weit: JES und VSStÖ verhinderten gemeinsam eine weitere Unterstützung des Volksbegehrens auf Uni-Wien-Ebene. Bernhard Heinzlmaier (VSStÖ) verteidigte in dieser Sitzung die Haltung des SP-Landesrates Brezovszky, Christian Pöttler (VSStÖ) erklärte, daß das KLVB einer sozialistischen Umweltpolitik entgegensteht und Georg Röhner (JES) erklärte stolz, daß er das Verhalten Brezovszkys erfreulich finde (siehe Protokoll der HA-Sitzung vom 6.12.1984, Seite 54,68).

Am 18.12. setzten schließlich diese beiden Fraktionen im Zentralausschuß der ÖH einen Beschluß durch, wonach die ÖH das Konrad-Lorenz-Volksbegehren nicht mehr unterstützen dürfe. Selbst Hilfe für die Naturschützer in der Au wurde abgelehnt. Fünf Minuten nach der Annahme dieses von der JES gestellten Antrages wurde von führenden VSStÖ-Funktionären in der SP-Zentrale Bericht erstattet: Die ÖH ist endlich draußen! Stunden später begann jener vom ehemaligen VSStÖ-Funktionär Blecha geleitete unheilvolle Einsatz der Polizei, in dessen Folge viele Studentinnen und Studenten verletzt wurden. Übrigens - bis heute haben weder VSStÖ noch JES diesen Polizeieinsatz verurteilt! Eine "neue Umweltpolitik"?

In diesem Zusammenhang ist es wohl kaum weiter erwähnenswert, daß das ÖH-Budget mit den Schwerpunkten Umweltschutz, Soziales und Studienberatung abgelehnt wurde - natürlich von JES und VSStÖ gemeinsam.

So durchsichtig dieses Verhalten gewesen ist, so undurchsichtig ist der inhaltliche Eiertanz, den die Koalitionspartner JES und VSStÖ um die Themen Umweltschutz und Demokratie aufführen.

Hatte der heutige VSStÖ-Spitzenkandidat Marc Hall noch im Mai 1984 das Kraftwerk mit der zunehmenden Donauvertiefung zu verteidigen versucht, so sagte ein anderer Spitzenfunktionär der SP-Studenten, Christian Pöttler, ein "klares Nein" zum Kraftwerk Hainburg - allerdings nur in der vorgelegten Form. Einig war man sich allerdings in der Ablehnung des Volksbegehrens, weil es angeblich konservatives Gedankengut verbreite und außerdem die gesamte Ökologieproblematik nur an der

Oberfläche streife. Mit einem "Öko-Appell" versuchten die sozialistischen Studenten, eine inhaltliche Gegenbasis aufzubauen, ein Appell, der vor "No-Na-Weisheiten" nur so strotzt! Unter anderem werden "Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen", "Abbau der Privilegien in der E-Wirtschaft" und "Erstellung eines Gesamtenergiekonzeptes" gefordert. Diese "konkrete Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie" werde eben im Volksbegehren vermißt und außerdem biete das KLVB keine "konkreten Veränderungsperspektiven" (rotpress aktuell Nr. 10/84). Kritikpunkte, die deutlich zeigen, daß man die inhaltliche Plattform des Volksbegehrens nicht kennt.

Die JES versucht erst gar nicht, inhaltlich auf die Hainburg Diskussion einzugehen. Man halte sich da raus - so laut JES-WU-Zeitung. Jene Studentengruppe, die sonst immer recht flott mit Kritik an der Regierung ist, schweigt auch zum demokratiepolitischen Aspekt der Hainburg-Diskussion. Österreichischen Polizeieinsätzen war man ja bisher immer sehr gewogen. Obwohl man sich von dieser Diskussion "raus halten" will, finden sich in der JES-WU-Zeitung Pro-Hainburg-Artikel und Pro-Hainburg-Inserate, in denen engagierte Studenten als "militante Minderheit" bezeichnet werden.

Diese Ablehnung jeder inhaltlichen Diskussion wird damit argumentiert, daß sie, die JES und nur sie für die Studenten "arbeiten". Dabei wird natürlich vergessen, daß es die AKTIONSGEMEINSCHAFT war, die endlich eine Reform der Inskription ab WS 85/86 erreichte, die die Kürzung der Lehrveranstaltungen stoppte, den Aktionstag dazu organisierte, die Novelle zum Hochschultaxengesetz bekämpfte, eine Änderung der Stipendienregelung erreichte, und die endlich das Studentenheimgesetz mitrealisiert.

Alles Aktivitäten, die deutlich machen, was für uns - von der AKTIONSGEMEINSCHAFT - Studentenvertretung heißt: Nicht nur diese Erfolge für Alle zu erreichen, sondern auch Engagement im Umweltbereich, im Fragenkomplex Ökologie-Ökonomie, Engagement in unserer Demokratie zu zeigen - dies unterscheidet uns von allen anderen Fraktionen.

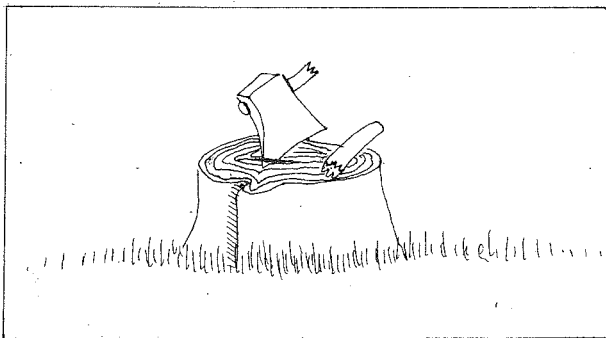
Der Dezember 1984 hat gezeigt, daß wir Studenten mit unserem Einsatz recht gehabt haben, daß wir viel bewegt haben - hin zum Besseren - und das gibt Mut!

Michael Goldinger

"Mehrheit der Studenten hinter unseren Hainburg-Aktivitäten"

Interview mit OH-Vorsitzenden Herbert RAINER (AKTIONSGEMEINSCHAFT)

report: Herbert, die zweit- und drittgrößte Fraktion im Zentralausschuß, nämlich der VSStU und die JES, haben gemeinsam beschlossen, daß sich die OH aus dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren zurückziehen soll. Außerdem hat dieselbe Achse die Handlungsfähigkeit der Hochschülerschaft durch ihre fehlende Zustimmung zum OH-Budget 1985 zu lähmen versucht. Wie soll es jetzt weitergehen?



Rainer: Für mich sind diese beiden Fraktionen einfach nicht mehr glaubwürdig. Vor dem Sommer haben sie im ZA noch mitgestimmt, daß sich die OH für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren einsetzen soll. Bei der ZA-Sitzung vom 18. Dezember haben sie am Vormittag einem Antrag der AKTIONSGEMEINSCHAFT mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt, daß sich die OH gegen einen Rodungs- und Baubeginn von Hainburg vor der Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens ausspricht und am Nachmittag desselben Tages schießen sie uns das Volksbegehren ab - 'da komm' ich nicht mehr mit!

report: Wird die AKTIONSGEMEINSCHAFT jetzt nach dem Bruch der Koalition mit der JES sozusagen als "Minderheitsregierung" weiterarbeiten?

Rainer: Aus jüngsten Studien wissen wir, daß sich die Mehrheit der Studenten für ein Engagement der OH in Umweltfragen und speziell gegen Hainburg einsetzt. Daher sind für uns die Aussagen der beiden "Blockiererfraktionen" nicht mehr reprä-

report: Von verschiedenen Seiten wird euch vorgeworfen, ihr betreibt überhaupt nur mehr Öko-Politik und vernachlässigt eure rein studentischen Aufgaben.

Rainer: Wer unsere Aktivitäten im vergangenen Herbst mit offenen Augen verfolgt hat, kann solche Anschuldigungen sofort als Blödsinn entlarven. Im Oktober bereits haben wir von Minister Fischer die Zusage erkämpft, im kommenden Wintersemester eine unbürokratische Form der Inskription (Blockinskription, Postinskription) zu ermöglichen. Im Dezember hat der Nationalrat auf unser Drängen einen Initiativantrag beschlossen, der die Ungerechtigkeiten für Stipendienbezieher beseitigte. Im kommenden Frühjahr wird das Ministerium eine Anpassung der Stipendien an die Inflationsrate vornehmen. Das Studentenheimgesetz - eine reine OH-Initiative - liegt bereits im Parlament. Und jeder wird sich noch an die fünftausend Studenten vor dem Wissenschaftsministerium im November erinnern, die sich gegen eine Kürzung der Lehrveranstaltungen eingesetzt haben. Jetzt im Jänner versuchen wir, die Frage der derzeitigen Form von Prüfungen an der Universität unter die Lupe zu nehmen. Alle diese Aktivitäten kann nicht einmal unser schärfster Gegner übersehen haben. Ich glaube, daß wir damit eindeutig bewiesen haben, daß wir in der Lage sind, reine studentische Interessensvertretung sehr erfolgreich mit dem Einsatz für die Erhaltung der Natur zu vereinbaren.

report: Wir danken für das Gespräch.

